

39

83

Union in Deutschland

Bonn, den 8. Dezember 1983

Ein Jahr Regierung

Helmut Kohl

Es geht wieder aufwärts

Nach der Debatte im Deutschen Bundestag über die Nachrüstung ist die Entscheidung zugunsten der Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung, und damit zugunsten der westlichen Allianz und der Freundschaft mit den USA gefallen. Jetzt treten die Fragen nach der Wiederbelebung und der Zukunft der deutschen Wirtschaft in den Vordergrund, stellte Heiner Geißler vor der Presse in Bonn fest (5. Dezember). Deshalb wird sich die CDU im nächsten halben Jahr in ihrer politischen Arbeit darauf konzentrieren, wie die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als führende Industrienation gesichert werden kann.

Der Generalsekretär hat in einem Brief an alle Funktions- und Mandatsträger der Partei eine Leistungsbilanz der Regierung Helmut Kohl vorgelegt (Wortlaut des Briefes im grünen Teil). Diese Bilanz ist die Grundlage für die weiterführende wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion in der CDU.

Die Diskussion beginnt mit dem Bundesausschuß der CDU am 12. Dezember in Bonn. Auf diesem „Kleinen Parteitag“ werden neben dem Vorsitzenden der

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ HAUSHALT '84

4 Milliarden weniger Schulden — weiter Sparsamkeit und Solidität
Seite 3

■ BÜROKRATIE

Gesetze und Verordnungen werden entrümpelt
Seite 6

■ VORRUHESTAND

Erfolgsversprechende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit
Seite 9

■ STIFTUNG

Die Geburt eines Kindes darf nicht am Geld scheitern
Seite 10

■ PARTEIEN-FINANZIERUNG

Neuordnung sichert Parteienfreiheit und Chancengleichheit
Seite 11

■ CDU BERLIN

Eberhard Diepgen wurde neuer Vorsitzender
Seite 15

■ CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

Gerhard Stoltenberg am Steuer im nördlichsten Bundesland
Seite 17

■ DOKUMENTATION

Wortlaut des Briefes von Generalsekretär Heiner Geißler an die Partei
grüner Teil

Einmütiges Votum für Richard von Weizsäcker

Helmut Kohl hat für die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1984 durch die Bundesversammlung Richard von Weizsäcker vorgeschlagen. Dieser Vorschlag erfolgt im Einverständnis mit den Mitgliedern des Präsidiums der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und mit Zustimmung aller Landesvorsitzenden der CDU. Auch der Vorsitzende der CSU, Franz Josef Strauß, hat zugestimmt.

Nach den heftigen und leidenschaftlichen Debatten der letzten Wochen habe ich bewußt diesen Zeitpunkt für die Veröffentlichung unseres Vorschlages gewählt, erklärte Helmut Kohl. Es war und ist mein Ziel, die Diskussion um die Nachfolge von Bundespräsident Karl Carstens in einer Form zu führen, die der Stellung und der Würde des Staatsoberhauptes entspricht.

Anspruch und Ziel bei der Besetzung des Amtes ist es, das ganze Volk zu repräsentieren. Richard von Weizsäcker bietet hierfür die Chance: Er ist erfahren in praktischer Parteipolitik, in der parlamentarischen Opposition und im Regierungsamte. Aber seine Wirkung zielt stets auf Grenzüberwindung zwischen den Parteien und auf Gemeinsamkeit der Demokraten, nicht auf Polarisierung. Es gab wesentliche Beiträge Richard von Weizsäckers zu überparteilicher Zusammenarbeit, insbesondere in der Außen- und Deutschlandpolitik. Und er hat praktische Erfahrung und persönliche Kenntnis des Auslandes und seiner politisch verantwortlichen Persönlichkeiten. Besonders möchte ich sein großes Engagement für unsere Landsleute in der DDR hervorheben. In seinen politischen und kirchlichen Ämtern hat er sich stets als persönliches Bindeglied zu unseren Mitbürgern im anderen Teil Deutschlands betrachtet.

Richard von Weizsäcker hat maßgebliche Beiträge zum Verständnis der jungen Menschen und zur Verständigung zwischen den Generationen geleistet. Diesem Ziel dienten unter anderem seine Arbeit am Grundsatzprogramm und seine Beiträge zum überparteilichen Grundwerteverständnis, ferner seine vielen Veranstaltungen und Gespräche in Schulen, Ausbildungszentren und Universitäten.

Richard von Weizsäcker besitzt aufgrund seines Lebensweges, seines Charakters und seiner geistigen Perspektive die Eignung für das Präsidentenamt. Gerade bei diesem Amt fällt breiter öffentlicher Konsens entscheidend in die Waagschale. In Zeiten ernster innerer und äußerer Belastung fällt dem Präsidentenamt in besonderem Maß die Aufgabe zu, Verständigung zu schaffen und in der Suche nach Orientierung voranzugehen. Ich schlage Richard von Weizsäcker für das Amt des Staatsoberhauptes vor, weil ich überzeugt bin, daß er diesen hohen Anforderungen entspricht.

(Fortsetzung von Seite 1)

CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, auch die stellvertretenden Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, sprechen. Die vom Präsidium eingesetzte Kommission hat unter Vorsitz des Generalsekretärs mit den Vorbereitungen für eine Beschlußvorlage begonnen, die im März vom Bundesvorstand verabschiedet und anschließend in der gesamten Partei diskutiert werden wird. Der Kommission gehören Ernst Albrecht, Kurt Biedenkopf,

Norbert Blüm, Lothar Späth und Gerhard Stoltenberg an.

Auf dem Bundesparteitag vom 9. bis 11. Mai 1984 in Stuttgart wird die CDU ihr wirtschaftspolitisches Konzept verabschieden. Außerdem wird die CDU gemäß dem Auftrag des Kölner Parteitages erste Beschlüsse zur Beseitigung der Jugend Arbeitslosigkeit am 20. Februar 1984 auf einer weiteren Sitzung des Bundesausschusses fassen. Die Beschlußvorlage dazu wird der Bundesvorstand am 23. Januar 1984 verabschieden.

■ BUNDESHAUSHALT '84

Vier Milliarden weniger Schulden – weitere Sparsamkeit und Solidität

Der Bundestag wird in dieser Woche den Bundeshaushalt 1984 und seine Begleitgesetze endgültig verabschieden. Die Debatte dauert von Dienstag bis Freitag (6. Dezember bis 9. Dezember 1983). Nachfolgend eine Zusammenfassung, die am Wochenende die haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Manfred Carstens (Emstek) und Lutz Stavenhagen über den Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß abgegeben haben.

Die Bundesfinanzen sind wieder unter Kontrolle. Erstmals seit 1980 ist es in den Ausschußberatungen gelungen, gegenüber dem Regierungsentwurf nicht zu Mehrbelastungen, sondern zu erheblichen Haushaltsverbesserungen zu kommen: Die Haushaltslücke des Regierungsentwurfs von 37,3 Mrd. DM ist um fast 4 Mrd. DM auf 33,6 Mrd. DM reduziert worden. Die Haushaltsgruppen der Koalitionsfraktionen haben damit die zu Beginn der parlamentarischen Beratungen angekündigte Verbesserung des Konsolidierungsergebnisses um etwa 1 Mrd. DM nicht nur erreicht, sondern weit übertroffen.

Mit einer Nettokreditaufnahme von 33,6 Mrd. DM wird bei Investitionsausgaben von 35,3 Mrd. DM bereits 1984 wieder die Verschuldungsgrenze des Art. 115 GG eingehalten, wonach die Neuverschuldung die Summe der Investitionsausgaben nicht überschreiten soll. Die Haushalts- und Finanzpolitik der neuen Koalition bewegt sich damit also schon 1984 wieder im verfassungsgemäßen Korridor.

Dieses Ergebnis wurde dadurch erreicht, daß mit „Rasierklinge und Lupe“ alle Einsparungsmöglichkeiten in den Haushalten der Einzelressorts mit Energie und Konsequenz wahrgenommen wurden. Dabei wurde ein im Beratungsverlauf bekanntgewordener Mehrbedarf von rd. 2 Mrd. DM (vor allem bei der Kokskohlebeihilfe und bei den Bürgerschaftsverpflichtungen) in vollem Umfang durch zusätzliche Einsparungen ausgeglichen und darüber hinaus das Gesamtausgabevolumen noch um 0,6 Mrd. DM gesenkt. Die Ausgabensteigerung gegenüber 1983 beträgt danach nur noch 1,6 v. H. gegenüber 1,8 v. H. beim Regierungsentwurf.

Auf der Einnahmeseite schlägt sich die ebenfalls auf eine Anregung der Haushaltsgruppen der Koalitionsfraktionen zurückgehende Teilprivatisierung der VEBA mit 700 Mio. DM nieder. Gleichzeitig haben die Koalitionsfraktionen ihr Versprechen wahr gemacht und den um 2,5 Mrd. DM höher ausfallenden Bundesbankgewinn in voller Höhe zur Absenkung der Neuverschuldung eingesetzt.

Auch wenn im Vordergrund der Ausschußberatungen die weitere Konsolidierung der Bundesfinanzen stand, konnten in einigen Bereichen neue Zeichen gesetzt werden: z. B. wurde die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur um 20 Mio. DM für Maßnahmen zur Strukturverbesserung von Wäldern mit neuartigen Waldschäden aufgestockt, das Existenzgründungsprogramm erhöht und für die neue Bundesstiftung „Mutter und Kind — Zum

(Fortsetzung Seite 5)

Bundshaushalt 1984

Veränderungen aufgrund der Beschlüsse des Haushaltsausschusses (HA)

Gesamtübersicht

		Mio. DM*)
1. Ausgaben		
Regierungsentwurf		257 750
Beschlüsse des HA		— 607
Neues Ausgabevolumen		<u>257 143</u>
Steigerung + 1,6 VII**)		
Investitionen	34 915	
Beschlüsse des HA	+ 367	
Investitionen neu	<u>35 282</u>	
2. Einnahmen — ohne Kredite —		
Regierungsentwurf		220 410
davon Steuern	200 780	
Verwaltungseinnahmen	19 360	
Münzeinnahmen	270	
Beschlüsse des HA		
Steuern nach Steuer-		— 704
schätzung		
Verwaltungseinnahmen		+ 3 797
Münzeinnahmen		+ 30
Neues Einnahmenvolumen		<u>223 533</u>
davon Steuern	200 076	
Verwaltungseinnahmen	23 157	
Münzeinnahmen	300	
3. Nettokreditaufnahme		
Regierungsentwurf		37 340
Veränderungen Ausgabenseite		— 607
Veränderungen Einnahmenseite		— 3 123
Neue Nettokreditaufnahme		<u>33 610</u>

*) Differenzen durch Rundung, **) gegenüber Soll 1983

Ausgaben Epl. Ressort	Regierungs- entwurf	Erhöhungen	Herab- setzungen	mehr (+) weniger (-) (Saldo)		Neuer Ansatz
				in Tausend DM		
01 BPRA	17 236	—	91	—	91	17 145
02 BT	382 828	13 693	5 861	+	7 832	390 660
03 BR	10 428	19	60	—	41	10 387
04 BK	465 149	1 195	3 357	—	2 162	462 987
05 AA	2 306 976	25 556	12 774	+	12 782	2 319 758
06 BMI	3 574 999	14 380	25 777	—	11 397	3 563 602
07 BMJ	374 184	2 227	5 911	—	3 684	370 500
08 BMF	3 843 207	13 050	6 839	+	6 211	3 849 418
09 BMWI	4 687 231	1 158 420	221 945	+	936 475	5 623 706
10 BML	6 128 518	22 211	46 295	—	24 084	6 104 434
11 BMA	60 201 729	1 631 463	2 378 810	—	747 347	59 454 382
12 BMV	24 650 875	78 297	77 698	+	599	24 651 474
13 BMP	9 912	—	—	—	—	9 912
14 BMVG	48 027 000	351 549	532 554	—	181 005	47 845 995
15 BMJFG	16 595 307	51 802	48 514	+	3 288	16 598 595
19 BVERFG	12 521	—	10	—	10	12 511
20 BRH	40 373	2 700	10	+	2 690	43 063
23 BMZ	6 455 126	91 836	129 836	—	38 000	6 417 126
25 BMBAU	5 326 501	68 067	93 420	—	25 353	5 301 148
27 BMB	595 219	19 649	19 664	—	15	595 204
30 BMFT	7 126 400	46 398	123 978	—	77 580	7 048 820
31 BMBW	3 924 056	86 000	6 637	+	79 363	4 003 419
32 BSCHUL	32 704 877	736 010	722 012	+	13 998	32 718 875
33 VERSOR	10 340 526	—	75 000	—	75 000	10 265 526
35 VTDGL	1 637 823	—	19 000	—	19 000	1 618 823
36 Z. VTDG	808 390	1 800	1 800	—	—	808 390
60 A. FIN.	17 502 609	129 978	595 447	—	465 469	17 037 140
Gesamt	257 750 000	4 546 300	5 153 300	—	607 000	257 143 000

"Schutz des ungeborenen Lebens" eine erste Jahresrate von 25 Mio. DM bereitgestellt.

Auf dem Personalsektor sind einige wenige neue Stellen (insbesondere für das Bundesamt für den Zivildienst als Folge der Neuordnung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und beim Bundesgesundheitsamt für die Aufbereitung und Nachzulassung von Arzneimitteln) bewilligt worden. Alle Neubewilligten Stellen müssen im Laufe des Haushaltsjahres im Gesamtpersonalbestand wieder eingespart werden. Darüber hinaus wird ab 1. Januar 1984 in Anlehnung an die seit einiger Zeit geübte Praxis fast aller Bundesländer eine sechsmonatige Stellenbesetzungs- bzw. Beförderungssperre eingeführt.

Die Haushaltsgruppen der Koalitionstraktionen erwarten, daß Sparsamkeit und Solidität oberste Richtschnur auch für den Haushaltsvollzug im nächsten Jahr und für die Haushaltsaufstellung für die Jahre ab 1985 bleiben. Die Beibehaltung des Konsolidierungskurses und der weitere Abbau der Neuverschuldung sind Voraussetzung für eine Verstetigung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses und für die Schaffung der haushaltspolitischen Handlungsspielräume für die beiden vorrangigen Aufgaben, die in dieser Legislaturperiode ohne Gefährdung des Konsolidierungsprozesses bei den öffentlichen Finanzen gelöst werden müssen: Steuerliche Erleichterungen bei der Lohn- und Einkommensteuer und Verbesserungen beim Familienlastenausgleich.

■ BÜROKRATIE

Gesetze und Verordnungen werden „entrümpelt“

Gesetze und Verordnungen im Bauwesen standen im Mittelpunkt der ersten Beratungen der vom Bundesinnenminister eingesetzten Bund-Länder-Kommissionen für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung. Der Vorsitzende der Kommission, der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Horst Waffenschmidt, erklärte nach der konstituierenden Sitzung des aus 13 Verwaltungsexperten bestehenden Gremiums vor Journalisten, es sei dabei auch um rund 500 DIN-Vorschriften im Bauwesen gegangen, wovon eine möglichst große Zahl in den Papierkorb wandern solle.

Für die nächste Sitzung der Kommission am 13. Februar wird nach den Worten Waffenschmidts noch ein Bericht des Bundesbauministeriums über die Möglichkeit der ersatzlosen Streichung des Städtebauförderungsgesetzes erwartet. Dabei müsse allerdings ein Ausgleich für die derzeit gewährten Förderungsmaßnahmen sichergestellt werden, denn Geld für Städtebauförderung müsse auch in Zukunft bereitgestellt werden. Eine Einschränkung der Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben werde es jedenfalls nicht geben.

Die Kommission plane im nächsten Jahr auch Gespräche mit Vertretern der Verwaltungsjustiz, sagte der Staatssekretär. Dabei sollten Verwaltungsgerichtsurteile im Vordergrund stehen, in denen der Gesetzgeber zu immer neuen Regelungen aufgefordert werde. Ziel der Kommission

sei die Rechts- und Verwaltungsvereinfachung vor allem, um investitions-, beschäftigungs- und ausbildungshemmende Vorschriften mit Vorrang in den Bereichen Baurecht, Statistik, Gewerberecht und Teilen des Sozialrechts abzuschaffen.

Waffenschmidt forderte die Bürger auf, mit an das Bundesinnenministerium in Bonn gerichteten Vorschlägen an der Abschaffung von überflüssigen Vorschriften mitzuwirken. Die Eindämmung der Vorschriftenflut solle nicht nur den 13 Kommissionsmitgliedern vorbehalten bleiben.

Über die Tätigkeit von Kommissionen, die sich in fast allen Bundesländern seit Jahren mit der Entbürokratisierung beschäftigen, veröffentlichte jetzt die „Gesellschaft zur Förderung der Entbürokratisierung“ in Bonn eine Dokumentation. Daraus geht unter anderem hervor, daß beispielsweise in Baden-Württemberg insgesamt 118 Einzelvordrucke mit 331 Seiten überprüft wurden. Das Ergebnis: 259 zusätzliche Ausfüllhinweise, 313 Formulierungsänderungen, 246 Positionsänderungen und Verzicht auf 107 Fragen. In Niedersachsen wurde festgestellt, daß der Grund für den „stetigen Anstieg der Normenflut“ in den „großzügigen Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen“ liege.

Nach Waffenschmidt soll künftig in jedem Ministerium in Bonn ein Beamter als „Vorschriftenbremser“ oder „Papierkorb-Beauftragter“ dafür sorgen, daß durch Zurückhaltung beim Formulieren neuer Gesetze und Verordnungen „für den Bürger und die Wirtschaft mehr Handlungsspielraum und Eigenverantwortung geschaffen und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird“.

Mit diesen Aktivitäten möchte die Bundesregierung eine Ankündigung von Bundeskanzler Helmut Kohl verwirklichen, der in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürger und Verwaltung ein erhebliches Gewicht zugemessen hatte.

■ BUNDESBAHN

Strukturprobleme der DB durch Anpassungsmaßnahmen bewältigen

Das Bundeskabinett hat sich am 23. November 1983 auf Vorschlag des Bundesministers für Verkehr eingehend mit dem Thema Bundesbahn beschäftigt. Der Bundesminister für Verkehr hat deutlich gemacht, daß Lage und voraussichtliche Entwicklung der Deutschen Bundesbahn sofortiges entschlossenes Handeln erfordern; er hat eine rechtzeitige Weichenstellung als entscheidend für die Konsolidierungschancen der Bundesbahn bezeichnet. Die Bundesregierung hat die erforderliche politische Zustimmung zu den Leitlinien gegeben, mit denen die Konsolidierung der Bundesbahn eingeleitet werden soll.

Die negative Entwicklung der Deutschen Bundesbahn wird an folgenden Zahlen deutlich:

	1960	1970	1982
Verkehrsanteile			
Personenverkehr	15,7 %	8,4 %	6,6 %
Güterverkehr	44,2 %	39,9 %	29,0 %
Jahresverlust (Mrd. DM)	0,014	1,2	4,15
Bundesleistungen (Mrd. DM)	0,896	3,9	13,8
Schuldenstand (Mrd. DM)	6,2	13,5	35,5

Dieser Trend würde anhalten oder sich noch verstärken, wenn nichts geschieht. Die Deutsche Bundesbahn hat Anfang 1983 errechnet, daß sich ihr Schuldenstand auf über 60 Mrd. DM und ihre Jahresverluste auf über 7 Mrd. DM im Jahr 1987 erhöhen würden, wenn es so weiterginge wie bisher.

Daraus ergibt sich sowohl für den DB-Vorstand als auch für die Bundesregierung ein dringender Handlungsbedarf. Die Diagnose zeigt, daß die Bahnprobleme weitgehend Strukturprobleme sind (ebenso wie bei Kohle und Stahl, Werften und anderen). Beispiele dafür sind die Zunahme des Straßenverkehrs, der Rückgang von Kohle- und Stahlproduktion, der Bau von Rohrleitungen für Öl und Gas und eine zunehmende Luftverkehrskonkurrenz.

Die Strukturprobleme müssen durch Anpassungsmaßnahmen bewältigt werden. Darüber hinaus müssen die erheblichen Rationalisierungsmöglichkeiten der Bundesbahn ausgeschöpft werden. Für Maßnahmen im einzelnen ist der DB-Vorstand nach Gesetz zuständig. Er bestimmt auch die Prioritäten. Sein Ziel ist es, bis 1990

- die Arbeitsproduktivität um 40 % real zu erhöhen
- die Gesamtkosten um rd. 25 % real zu senken
- die Personalkosten um rd. 30 % real zu senken,

jeweils ausgehend von den Zahlen für 1982.

Das Kabinett hat auf Vorschlag des Bundesverkehrsministers beschlossen, den DB-Vorstand dabei nachhaltig zu unterstützen, und festgestellt, daß die Anpassung der Leistungen und Kapazitäten der Deutschen Bundesbahn an die strukturellen Entwicklungen in Wirtschaft und Verkehr im gesamtstaatlichen Interesse liegt. Konkret bedeutet das, daß der Bund seine bisherigen Finanzleistungen an die Bundesbahn aufrechterhalten und neue Festlegungen über den künftigen Umfang im

Haushalt 1985 und in der mittelfristigen Finanzplanung im kommenden Frühjahr treten wird. Die von der Bahn benötigten Investitionsmittel müssen vor allem dafür eingesetzt werden, die Bahn attraktiv und wettbewerbsfähig zu erhalten bzw. zu machen. Das setzt den Schwerpunkt auf Ausbau und Neubau der für eine überregionale Beförderung großer Verkehrsmengen erforderlichen Teile des Schienennetzes mit der dazugehörigen Ausgestaltung der Güter- und Reisezugbedienung zwischen Verkehrsballungsräumen und wichtigen Zentren. Insbesondere die in Bau befindlichen Neubaustrecken und Ausbaustrecken sollen die Kapazität und Qualität der DB-Beförderungsleistungen wesentlich erhöhen und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die DB strebt eine möglichst frühzeitige Inbetriebnahme dieser Strecken an und wird dabei auch alle ohne Planungsänderung möglichen Maßnahmen zur Kostensenkung prüfen.

Die Anpassungs-, Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen werden, wenn sie unverzüglich eingeleitet werden, bereits in den kommenden Jahren günstige Auswirkungen auf die Entwicklung der DB-Finanzlage haben. Mittelfristig wird damit die Konsolidierung der Bahnfinanzen erreicht. Ab 1990 werden erstmalig die eigene Kreditaufnahme der DB und die Bundesleistungen an die DB zurückgehen.

Die Anpassung der DB an den Strukturwandel soll ohne Entlassungen abgehen. Dabei wird jedoch vorausgesetzt, daß ihre Mitarbeiter zu örtlicher und fachlicher Umsetzung, soweit erforderlich, bereit sind.

Kein Unternehmen kann auf Dauer Personal beschäftigen, für das es keine Arbeit hat.

Die Bundesregierung hat das Engagement der Deutschen Bundesbahn im öffentlichen Personennahverkehr bekräftigt, allerdings finanzielle Grenzen abgesteckt. So sollen

— in Verkehrsballungsräumen mit vorhandenen Verkehrs- und Tarifverbänden

die Jahresverluste der Verkehrsunternehmen des Bundes nicht stärker steigen als die Gesamtzusendungen des Bundeshaushalts an die DB

— bei neuen Kooperationen die Verluste der Verkehrsunternehmen des Bundes sich durch den Verbundbeitritt nicht stärker erhöhen als die Gesamtzusendungen des Bundes an die DB

— beim Bau neuer S-Bahnen dem Bund und der DB keine neuen Folgekosten entstehen

— auch außerhalb der Ballungsräume Nahverkehr auf der Schiene, mit dem Bus oder einer Kombination von beiden aufrechterhalten werden. Ein Rückzug aus dem flachen Land findet nicht statt. Bei der Verkehrsgestaltung soll aber dem nachfragegerechteren und wirtschaftlicheren Verkehrsmittel der Vorzug gegeben werden. Konkrete Entscheidungen können nur nach Prüfung des Einzelfalls getroffen werden werden.

Der Bundesminister für Verkehr wird künftig im Kabinett jährlich über die Entwicklung der Lage der Deutschen Bundesbahn und die Realisierung der vom Vorstand der Deutschen Bundesbahn genannten Anpassungsziele berichten.

Zielvorstellung der Bundesregierung und der Unternehmensleitung ist eine schnelle, komfortable, wettbewerbsfähige und an den Marktchancen orientierte Bahn, die ihre Leistungen auch verkaufen kann. Dazu gehört vor allem ein leistungsfähiges Streckennetz und die Nutzung aller Möglichkeiten der Kooperation mit dem privaten Transportgewerbe sowie privaten Kapitalgebern. Das bedeutet zugleich eine klare Absage an jedes „Kahlschlagkonzept“; eine konsolidierte Eisenbahn, die den Verkehrsbedürfnissen der Bürger und Wirtschaft entspricht, wird entscheidend auch zur Motivation ihrer Mitarbeiter beitragen und ihre Arbeitsplätze langfristig sichern. Eine solche Bundesbahn bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Verkehrswesens.

■ VORRUHESTAND

Erfolgversprechende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Die Bundesregierung hat durch erfolgreiche Maßnahmen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zum ersten Male wieder ein wirtschaftliches Wachstum ermöglicht. Ohne Wirtschaftswachstum würde der Arbeitsmarkt völlig zusammenbrechen. Aber auch bei bester Wirtschaftspolitik und hohen Wachstumsraten in den kommenden Jahren läßt sich das Freiheitsrecht auf Arbeit, wie es im Grundsatzprogramm der CDU gefordert wird, in den 80er Jahren nicht sichern, zumal noch einige Jahre lang geburtenstarke Jahrgänge ins erwerbsfähige Alter hineinwachsen.

Mit ihrem Beschluß über ein Rahmengesetz für die Vorruhestandsregelung hat die Bundesregierung jetzt nachdrücklich klargemacht, daß sie bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht allein auf Wirtschaftswachstum baut, stellt MdB Otto Zink, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Mehrere größere und kleinere Gewerkschaften haben die Bundesregierung dringend um ein Rahmengesetz für eine Vorruhestandsregelung gebeten. Für sie ist es die bessere und wirksamere Alternative zu einem Kampf um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Im Gegensatz zu dem von der SPD-Fraktion im Bundestag vorgelegten Gesetzentwurf beruht der Beschluß der Bundesregierung auf realistischen Zahlen- und Kostenschätzungen und entspricht den Grundsätzen der Soli-

darität und Freiheitlichkeit, die wir in der sozialen Marktwirtschaft bei solchen Regelungen verwirklichen müssen:

Niemand wird gezwungen, vorzeitig auszuscheiden. Aber wer mit 59 Jahren aufhören möchte, hat es wesentlich leichter als bisher.

Durch die vorgesehene Verknüpfung des Zuschusses der Bundesanstalt für Arbeit mit der Wiederbesetzung der Stelle erhalten zahlreiche Arbeitslose die Chance, wieder in Arbeit zu kommen. An den Kosten der Regelung werden auch diejenigen beteiligt, die von ihr profitierten. Wer früher gehen will, muß bis zum Beginn des Rentenalters auf knapp 30 Prozent seines letzten Nettogehaltes verzichten. Aber seine Rente wird nicht wesentlich beeinträchtigt. Die Tarifparteien haben die Möglichkeit, durch Anrechnung der bei den Unternehmen verbleibenden Kosten in den Tarifabschlüssen möglichst vielen Arbeitnehmern den vorzeitigen Ruhestand zu ermöglichen und viele Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen.

Mehrere hunderttausend Arbeitslose könnten durch die Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung in den kommenden Jahren wieder Arbeit finden. Dazu hat die Bundesregierung mit ihrem Beschluß den Weg freigemacht. Wir begrüßen die rasche, positive Reaktion der Metallarbeiter. Sie zeigt, wie stark das Interesse und die Bereitschaft auch auf Arbeitgeberseite für sinnvoll konzipierte Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung ist. Auch die IG Metall hat trotz ihrer negativen Stellungnahme die Türe nicht ganz zugeschlagen.

■ STIFTUNG MUTTER UND KIND

Die Geburt eines Kindes darf nicht am Geld scheitern

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Initiative der Bundesregierung, eine „Stiftung zum Schutz des ungeborenen Lebens“ zu gründen. Besser als manche Gesetze sind praktische Taten, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit, Hermann Kroll-Schlüter.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet besonders von den Städten und Gemeinden, daß sie gleiches tun: In jedes Rathaus gehört ein Fonds zur Solidarität mit dem ungeborenen Leben. In jedes Rathaus gehört ein Fonds zur Solidarität mit der in Not geratenen Mutter.

„Die Geburt eines Kindes darf nicht am Geld scheitern.“ Dieser Gedanke liegt nach den Worten von Bundesfamilienminister Heiner Geißler einer neuen Bundesstiftung „Mutter und Kind — Zum Schutz des ungeborenen Lebens“ zugrunde, die Mitte nächsten Jahres gegründet werden wird. Ziel der neuen Einrichtung soll es sein, schwangeren Frauen in Konfliktsituationen zu helfen und ihnen die Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermöglichen.

Heiner Geißler gab in Bonn bekannt, daß die Stiftung im Bundeshaushalt 1984 mit 25 Millionen und ab 1985 fortlaufend mit jährlich 50 Millionen Mark ausgestattet werden soll. Mit diesen Mitteln sollen —

„schnell und unbürokratisch“, wie der Minister sagte — schwangeren Frauen Beihilfen für familiengerechte Wohnungen, zur Haushaltsführung während der Schwangerschaft und nach der Geburt, zur Anschaffung von Wäsche und anderen Haushaltsgegenständen wie auch zur Betreuung des Kindes gegeben werden.

Die Mittel werden über entsprechende Einrichtungen in einzelnen Bundesländern oder über die freien Wohlfahrtsverbände den betroffenen Frauen unmittelbar ausgehändigt oder verbindlich zugesagt. Der Minister hofft, daß mit Hilfe der neuen Stiftung die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche aus sozialer Not verringert werden kann. In der Bundesrepublik waren im vergangenen Jahr 91064 Schwangerschaftsabbrüche registriert worden.

Es gehört nach den Worten Geißlers zu einer Gesellschaft der Mitmenschlichkeit, die schwächste Form des menschlichen Lebens, nämlich das noch ungeborene, besonders zu schützen. Hierbei solle die Stiftung mithelfen.

Mit der Errichtung der Stiftung will die Bundesregierung „ein deutliches Signal“ für den Schutz des ungeborenen Lebens setzen. Im übrigen werde die Regierung, wie angekündigt, noch in dieser Legislaturperiode den Familienlastenausgleich verbessern und damit die Benachteiligung von Eltern mit Kindern in unserer Gesellschaft generell abbauen.

Heiner Geißler gründet Hoffnungen für den Erfolg der Stiftung auf Erfahrungen mit bereits bestehenden vergleichbaren Einrichtungen. Dort konnten auf diesem Wege Schwangerschaftsabbrüche vermieden werden. Aus den Erfahrungen dieser Beratungsstellen ist bekannt, daß Schwangere ihre zunächst als ausweglos angesehene Situation anders beurteilen, wenn ihnen die erforderliche Hilfe — meist finanzielle — unmittelbar gegeben oder fest zugesagt wird.

■ PARTEIENFINANZIERUNG

Neuordnung sichert Parteienfreiheit und Chancengleichheit

Der Deutsche Bundestag hat am 1. Dezember 1983 das 35. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes und das Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und andere Gesetze (Parteienfinanzierungsgesetz) verabschiedet. Für die Grundgesetzänderung, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, stimmten in namentlicher Abstimmung 453 und 20 Berliner Abgeordnete, dagegen 2 Abgeordnete, eine Stimmenenthaltung. Für das Parteienfinanzierungsgesetz, ebenfalls namentliche Abstimmung, stimmten 416 und 15 Berliner Abgeordnete, mit Nein 26 und 1 Berliner Abgeordneter, enthalten 11 und 4 Berliner Abgeordnete.

In der Debatte hatte der Abgeordnete Franzheinrich Krey für die Union erklärt: Wenn wir uns heute mit der gesetzlichen Neuordnung der Parteienfinanzierung befassen, so ist es unerlässlich, auf die Bedeutung der politischen Parteien für die Sicherung unseres demokratischen Staates zu sprechen zu kommen.

Ohne funktionsfähige Parteien kann der demokratische Staat, so, wie wir ihn uns vorstellen, so, wie wir ihn bejahen, so, wie wir ihn fördern wollen, einfach nicht funktionieren. Daher muß der Staat im Interesse seiner Bürger dafür sorgen, daß die Parteien ihre Aufgaben auch erfüllen können und daß ihr Wettbewerb um den Wählerauftrag im gesicherten und kontrollierbaren Rahmen verläuft.

Wer — dies geschieht leider allzu häufig

— Mißtrauen in der Bevölkerung, ja Ablehnung gegen die Parteien erzeugt, dem muß man entgegenhalten, daß der Weg in die Diktatur des Nationalsozialismus ganz entscheidend mit einer Entwicklung begann, in der die demokratischen Parteien verunglimpft, diffamiert, beleidigt und verächtlich gemacht worden sind. Daraus haben die Väter unseres Grundgesetzes bei der Abfassung unserer Verfassung die Konsequenzen gezogen.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Parteien bemühen sich um politische Macht. Wer Macht ausübt, muß nach unserem Demokratieverständnis ganz besonderer Kontrolle unterworfen sein. Die Fähigkeit, den politischen Wechsel unter den Parteien immer wieder möglich zu machen, setzt aber gerade deren Existenzfähigkeit voraus, egal, ob es sich um Regierungsparteien, um Oppositionsparteien, ob es sich um etablierte oder um neue Parteien handelt. Hier sollten wir uns über diesen Tatbestand einig sein.

Parteien üben wechselseitig Kritik. Sie stellen die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Prüfstand ihrer politischen Bewertungen. Dies ist notwendig und im Interesse der Bürger unerlässlich. Ihr Bemühen um die Durchsetzung der dabei gewonnenen Ziele setzt dabei aber voraus, daß sie mit großer Sachkunde in einer immer komplizierter werdenden Welt den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werden. Sie müssen Lösungen erarbeiten, die ernsthafter Betrachtung standhalten. Die Parteien

müssen aber auch in der Lage sein, für ihre Ziele zu werben.

Die Parteien haben es nicht leicht, diese ihre umfassenden Aufgaben zu erfüllen. Leider sind nach wie vor viel zu wenig Bürger bereit, in den politischen Parteien aktiv mitzuwirken. Aber jene rund zwei Millionen Mitbürger, die Opfer an Zeit und Geld für die Funktionsfähigkeit des demokratischen Staates durch ihre Mitgliedschaft in unseren Parteien erbringen, haben Respekt, Dank und öffentliche Anerkennung verdient.

Wer bereit ist, einen Teil seines Einkommens, seines Vermögens freiwillig der Partei seiner Wahl zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben zur Verfügung zu stellen, hat es nicht verdient, von vornherein verdächtigt oder gar kriminalisiert zu werden.

Umgekehrt braucht sich mancher angesichts pauschaler Kritik und eilfertiger Vorverurteilung niemand zu wundern, daß sich viele Bürger gehindert sehen, daß sie sich scheuen, einen persönlichen Beitrag zur Funktionsfähigkeit der Parteien zu leisten. Um es mit meinen Worten noch deutlicher zu sagen: Wer einer Partei beiträgt, ihr Beiträge zahlt oder auch für sie spendet, wird daran auch die Erwartung knüpfen, seinen politischen Wünschen und Zielen den Durchbruch zu verschaffen. Er dient damit aber zugleich auch der Gesamtheit aller Bürger, deren Freiheit und Unabhängigkeit in unserem Staat nur durch die Demokratie garantiert werden.

Die Arbeit der Parteien vollzieht sich auf allen Ebenen unserer staatlichen Ordnung und in der Europäischen Gemeinschaft. Die Parteien unterhalten im Interesse unseres Volkes vielfältige Kontakte in alle Welt. Zu der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben brauchen die Parteien Geld. Ihre Finanzierung beruht auf drei Säulen: den Mitgliedsbeiträgen, den Spenden und den Erstattungen der Wahlkampfkosten.

Die Parteien haben große Anstrengungen unternommen, um ihre Kosten zu begrenzen, die Mitgliedsbeiträge zu steigern und auch in den Wahlkampfaufwendungen äußerst sparsam zu sein; aber es gibt Grenzen, die all diesen Bemühungen gesetzt sind.

Die Beitragsordnungen der Parteien müssen dafür sorgen, daß jedem Bürger unabhängig von seinem Einkommen die Mitgliedschaft offen ist. Jeder, der die Arbeit der Parteien objektiv prüft, wird jedoch leicht erkennen, daß Mitgliedsbeiträge oft nicht einmal ausreichen, die heute notwendigen Aufwendungen für die Verwaltung und die erforderliche kontinuierliche Information der Mitglieder zu finanzieren. Daher sind die Parteien auf Spenden angewiesen. Wer dies bejaht, muß dafür sorgen, daß die Diskriminierung der Parteien-spenden beendet wird.

Ich frage mich, wie manche Leute, die gegen diese Behandlung von Parteimitgliedern und Parteispendern im Steuerrecht zu Felde ziehen, die ihnen vom Staat gewährten Steuervergünstigungen für ihre sonstigen Aufwendungen sehen oder etwa ihre Beiträge zu vielfältigen ebenso politischen Aktivitäten bewerten. Viele Kritiker sind bewußt oder unbewußt auf diesem Wege in die Rolle von Pharisäern geschlüpft. Gerade weil wir nicht wollen, daß politische Entscheidungen von Interessenten „gekauft werden“, ist es erforderlich, einen für jedermann zugänglichen Anreiz für die Gewährung von Spenden an die politischen Parteien zu schaffen, wie es die Steuervergünstigungen nun einmal sind.

Es ist deshalb auch nur konsequent, daß das Parteienfinanzierungsgesetz jetzt sogenannte finale Spenden ausdrücklich verbietet und Zuwiderhandlungen mit einer empfindlichen Sanktion belegt. Auf der anderen Seite werden die politischen Parteien, was die Steuervergünstigungen

von ihnen zgedachten Spenden angeht, endlich mit jedem Sportverein gleichgestellt.

Zu den Berichten über die angeblich jetzt übermäßige Wahlkampfkostenerstattung an die Parteien möchte ich nur soviel sagen: Die Ausgaben der politischen Parteien vor Wahlen sind, auch wenn man dabei die eine oder andere Werbemaßnahme kritisch prüfen mag, alles andere als Verschwendung. Wenn es eben so ist, daß über 95% der Bürger nicht Mitglied in einer politischen Partei sind, die von den Regierungen und Parlamenten zu lösenden Aufgaben immer komplizierter werden, ist es nur natürlich, daß die politische Information und Aktivierung der Bürger für die Wahlentscheidung auch notwendigerweise kostspieliger wird.

Hier handelt es sich in der Tat um die notwendigen Kosten unserer Demokratie, die guten Gewissens — das hat das Bundesverfassungsgericht auch mehrfach bestätigt — den Parteien erstattet werden können.

In dem Bericht zur Neuordnung der Parteienfinanzierung der vom Bundespräsidenten berufenen Sachverständigenkommission vom 18. April dieses Jahres heißt es, ich zitiere — *„Die öffentliche finanzielle Förderung der Parteien ist verfassungsrechtlich gerade wegen ihres besonderen öffentlich-rechtlichen Status in den Grenzen der verfassungsrechtlichen Gebote der Parteienfreiheit und der Chancengleichheit aller politischen Parteien zulässig. Sie ist auch zur Aufgabenwahrnehmung, falls erforderlich, von Verfassung wegen geboten; auf Grund der Aufgabenzuweisung durch das Parteiengesetz kann der Staat sogar dazu verpflichtet sein, wenn die Parteien ansonsten den gesetzlich zugewiesenen Aufgaben nicht gerecht werden können.“*

Dieser Feststellung trägt das vorliegende Parteienfinanzierungsgesetz Rechnung.

Neben einer angesichts der Entwicklung des Geldwertes und des Umfangs der Wahlkampfaufgaben angemessenen Erhöhung der Wahlkampfkostenerstattung wird die steuerliche Begünstigung von Spenden an politische Parteien neu und eindeutig für die Zukunft geregelt. Ich stelle hier noch einmal ausdrücklich fest, daß wir eine klare und eindeutige Regelung wollen, um die Rechtsunsicherheit der Vergangenheit zu beenden.

Die Spendenpraxis vieler Parteien beschäftigt heute nicht nur die Justiz, insbesondere die Lehrmeinung, sondern auch die breite Öffentlichkeit. Wir wollen uns nicht — das ist eben noch einmal deutlich geworden — in die Entscheidung der dritten Gewalt einmischen. Wir wollen die Parteien in die Lage versetzen, sich in Zukunft an eindeutigen Vorschriften zu orientieren, die in dieser Form vielen anderen Organisationen, die ja auch an der Willensbildung des Volkes beteiligt sind, nicht auferlegt werden, obwohl auch für sie steuerliche Vorteile in Anspruch genommen werden, wovon wir uns alle Tag für Tag überzeugen können.

Flankiert werden diese Regelungen, die wir gefunden haben, mit denen für die Parteien künftig eine tragfähige Finanzierungsgrundlage geboten wird, von einer Reihe wichtiger Bestimmungen, durch welche die Transparenz, die Staatsfreiheit und die Chancengleichheit des politischen Willensbildungsprozesses gewährleistet werden.

Dazu gehört die Regelung, daß die staatlichen Wahlkampfkostenerstattungen nicht gegenüber den sonstigen Einnahmen einer Partei überwiegen dürfen.

Dazu gehört der Chancenausgleich zwischen den Parteien, durch den die Steuerbegünstigungen für Parteispenden entsprechend dem Wahlerfolg bei Bundestagswahlen angeglichen werden.

Dazu gehört ein langer Verbotskatalog von Zuwendungen an politischen Parteien und die bei Verstößen gegen diese Verbote vorgesehene Sanktion bei der Wahlkampfkostenerstattung.

Dazu gehört weiter die Einführung der Spendenpublizität als Voraussetzung der Steuerbefreiung.

Hier liegt die besondere Bedeutung der Gesetze und Beschlußempfehlungen des Innenausschusses. Das ist also: Transparenz der Einnahmen und Ausgaben der Parteien, die Begrenzung ihrer öffentlichen Finanzierung auf weniger als die Hälfte ihrer Einnahmen, die Beseitigung der steuerlichen Diskriminierung. Die Verpflichtung zur Transparenz soll nach der Empfehlung des Innenausschusses auch Eingang in das Grundgesetz finden.

Betrachtet man diese Regelung des Parteienfinanzierungsgesetzes als Ganzes, so brauchen sie eine Nachprüfung durch das Bundesverfassungsgericht nicht zu scheuen.

Die wichtigsten Bestimmungen der Neuordnung der Parteienfinanzierung hat der Innenausschuß wie folgt zusammengefaßt:

a) Die Neufassung von Artikel 21 Abs. 1 Satz 4 des Grundgesetzes sieht vor:

Parteien müssen künftig nicht nur über die Herkunft ihrer Mittel, sondern auch über die Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

b) Das Gesamtkonzept enthält im wesentlichen folgende Elemente:

Die Wahlkampfkostenerstattung für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament wird von 3,50 DM auf 5,— DM je Wahlberechtigten erhöht.

Für die Wahlen zum Deutschen Bundestag vom 6. März 1983 erfolgt eine rückwirkende Zahlung in Höhe von 1,— DM je Wahlberechtigten.

Die Summe der Erstattungen der Kosten angemessener Wahlkämpfe aus öffentlichen Mitteln darf gegenüber den Gesamt-

einnahmen einer Partei nicht überwiegen. Über diese Grenze hinausgehende Erstattungsbeträge sind von der nächstfälligen Erstattungszahlung abzuziehen.

Für Parteien, die mindestens 0,5 vom Hundert der gültigen Zweitstimmen erreicht haben, wird ein Chancenausgleichsbetrag zur Entzerrung der unterschiedlichen Steuerregelung gezahlt. Kleine Spenden und Mitgliedsbeiträge an Parteien werden bis zu einer bestimmten Höhe privilegiert.

Spenden und Beiträge, die diese Grenze übersteigen, werden wie Spenden an gemeinnützige Institutionen steuerlich begünstigt.

Vor allem Durchlaufspenden werden verboten. Spenden an eine Partei, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr 20000 DM übersteigt, können nur abgezogen werden, wenn sie im Rechenschaftsbericht unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe der Spende verzeichnet sind (steuerliche Publizitätspflicht).

Die Transparenz der Parteienfinanzen wird durch die Aufnahme der Rechenschaftslegung über die Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen der Parteien im Rechenschaftsbericht erhöht.

Kosten:

1. Wahlkampfkostenpauschale für die Bundestagswahl 1987 (Vorauszahlung für 1984) 44 Mio. DM
2. Wahlkampfkostenpauschale als Nachzahlung für die Bundestagswahl 1983 44 Mio. DM
3. Wahlkampfkostenpauschale für die Wahlen zum Europäischen Parlament 1984 66 Mio. DM
4. Finanzielle Auswirkungen, die sich aus Chancenausgleich erstmals frühestens Ende 1985 ergeben, sind jetzt noch nicht quantifizierbar.
5. Ab 1985 Steuermindereinnahmen durch Neuregelung für Spenden von jährlich 50 Mio. DM (davon etwa zur Hälfte für den Bund).

■ CDU BERLIN

Eberhard Diepgen wurde neuer Vorsitzender der Berliner CDU

Als er geplant wurde, da sollte dieser 69. Landesparteitag der Berliner CDU eigentlich der notwendigen Routine gelten: Neuwahl des Landesvorstandes und Behandlung eines aktuellen politischen Themas, nämlich „Für Arbeitsplätze und soziale Sicherheit“.

Als der Parteitag jedoch begann, stand er ganz im Zeichen der Tatsache, daß der bisherige Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker bald durch seinen Einzug in die Villa Hammerschmidt als Bundespräsident für seine derzeitigen Berliner Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen würde. Ein Teil seiner Rede über „Die wirtschaftliche und soziale Lebenskraft Berlins war dem Bemühen gewidmet, dem Parteitag seinen Schritt verständlich zu machen, der von vielen Berliner Mitgliedern und Wählern der Union mit Enttäuschung aufgenommen worden war. So gab es denn auch kaum einen Redner — Eberhard Diepgen als neuen Landesvorsitzenden eingeschlossen —, der nicht sein Bedauern über den Weggang des bislang stets stürmisch gefeierten Landes- und Parteichefs ausgesprochen hätte. Und Richard von Weizsäcker selbst bedauerte ausdrücklich, daß er „bei vielen Menschen Enttäuschung ausgelöst“ und sie belastet habe, was ihn schmerze.

Bürgermeister Heinrich Lummer war es schließlich, der mit dem erlösenden Stichwort „Der König ist tot — es lebe der König“ den Parteitag unter stürmischem Bei-

fall aufforderte, nicht in dem Selbstmitleid eines enttäuschten Liebhabers zu zerfließen, sondern den Blick in die Zukunft zu richten angesichts der Aufgaben, die die CDU in Berlin zu erfüllen habe.

Als Nachfolger Richard von Weizsäckers im Vorsitz des Landesverbandes erhielt der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Eberhard Diepgen, mit 87 Prozent der Stimmen eine Mehrheit, mit der er gut leben kann. Er wurde an dieser Stelle auch ausdrücklich von der Senatorin Hanna-Renate Laurien unterstützt, die in nächster Runde ebenso wie Diepgen für das Amt des Regierenden Bürgermeisters kandidiert. Nahezu einstimmig beschloß der Landesparteitag außerdem spontan den langjährigen 1. Landesvorsitzenden der Berliner CDU, Peter Lorenz, zum Ehrenvorsitzenden zu wählen. Lorenz, derzeit Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin, ist zur Zeit auf dem Wege der Genesung nach einem kürzlich erlittenen Herzinfarkt. Seine Frau Marianne überbrachte Grüße an den Parteitag und nahm Genesungswünsche mit nach Bonn.

Eberhard Diepgen war es, der Richard von Weizsäcker dafür dankte, daß er Berlin in einer trostlosen Lage neue Maßstäbe vermittelt, wieder Selbstvertrauen eingeflößt und die Weichen für die Zukunft der Stadt richtig gestellt habe. Auf zahlreichen Gebieten, unter anderem denen der Sicherung von Arbeitsplätzen, der Ausländerpolitik, der Abwehr des Asylrechtsmissbrauchs und bei der Lösung des Hausbe-

setzerproblems, sei Berlin neue Wege gegangen. Für viele Bereiche könne die Stadt sogar als Modell gelten, nicht zuletzt durch Sparen und Gestalten bei der Haushaltspolitik, beim sozialen Engagement der Bürger und bei der Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes. Berlin, so betonte Diepgen, schau dank des Einsatzes Richard von Weizsäckers wieder nach vorn; die Bewohner könnten sich wieder mit ihrer Stadt identifizieren und auf das Ergebnis der Entwicklung in den letzten Jahren stolz sein. Auf dem Gebiet der Strukturpolitik für Stadt und Wirtschaft sowie bei der engen Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft sei die Stadt vorbildlich.

Richard von Weizsäcker griff den gleichen Gedanken auf. Wenn Berlin vom Vorreiter der Kostenexplosion und des Gießkannenprinzips zum Vorreiter für neue Ideen geworden sei, dann sei das nicht das Ergebnis von zwei Augen, sondern der Erfolg einer ganzen Mannschaft des Senats. Dabei hob er unter großem Beifall des Parteitages die besonderen Verdienste Heinrich Lummers hervor, der die Marschroute der Besonnenheit und Konsequenz „mit seinem Verstand und seinem Herzen und mit großer Loyalität aufgegriffen“ habe. Bei Übernahme seines Amtes, so betonte der bisherige Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister, habe Berlin sich in einer tiefen politischen Krise befunden. Hier für einen Stimmungsumschwung zu sorgen, sei die erste Aufgabe gewesen. Dieser Stimmungsumschwung sei die Voraussetzung gewesen für die erfolgreiche politische Arbeit.

Der mit großer Mehrheit wiedergewählte Berliner CDU-Generalsekretär Günter Straßmeir dankte Richard von Weizsäcker für seine in fünf Jahren für Berlin geleistete Arbeit. Bei allem Bedauern über den Abschied könne es für die Berliner aber auch „Grund zu einem kleinen bißchen Stolz“ sein, wenn einer der ihren in das

höchste Amt der Bundesrepublik berufen werde.

In einem kritischen Rückblick über die letzten beiden Jahre Parteiarbeit betonte Straßmeir, die Umstellung von der Oppositions- zur Regierungspartei sei keineswegs ganz einfach gewesen. Gerade für die Partei in der Verantwortung aber sei das intensive Gespräch mit der eigenen Basis und mit dem Bürger besonders wichtig, damit die eingeschlagene Politik auch erkennbar und verständlich bleibe: „Nur so lassen sich auch Irritationen und Zwiespalt vermeiden, nur so läßt sich der innerhalb einer Koalition häufig notwendige Kompromiß verkraften.“

Nachdrücklich wandte sich Straßmeir gegen innerparteiliche Querelen. Im Gegensatz zur SPD gebe es in der CDU keine ideologischen Flügel. „Wer sie erfindet, um seinen persönlichen Ehrgeiz zu bemänteln, dem sollten wir allerdings im wahrsten Sinne des Wortes die Flügel stutzen.“

Für den kommenden Wahlkampf gab Straßmeir die Devise aus: „Wir müssen dem Bürger deutlich machen, daß die SPD in dem kommenden Wahlkampf mit einer staatspolitisch destruktiven Zielsetzung auftreten wird. Sie weiß, daß sie aus eigener Kraft keine regierungsfähige Mehrheit erringt. Sie wird hessische Verhältnisse ins Visier nehmen und den Gedanken lieb gewinnen, daß allein die Alternativen der SPD wieder zur Macht zurückverheilt werden können.“ Darum werde Ristocks SPD nichts unversucht lassen mit Hilfe einer Diffamierungskampagne ein geistig-politisches Klima zu schaffen, „in dem schließlich die Partei der Hausbesetzer und Kurzeilmänner noch als das kleinere Übel betrachtet wird“.

In einem Schlußwort rief der neugewählte Landesvorsitzende Diepgen die CDU auf, ihre ganzen Kräfte für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben Berlins einzusetzen.

CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

Gerhard Stoltenberg weiter am Steuer der Union im nördlichsten Bundesland

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg führt auch in den nächsten zwei Jahren die schleswig-holsteinische CDU. Auf dem 36. Landesparteitag in Timmendorfer Strand wurde er für weitere zwei Jahre mit großer Mehrheit erneut als Landesvorsitzender bestätigt. Auf Gerhard Stoltenberg, der keinen Gegenkandidaten hatte, entfielen 351 von 358 abgegebenen gültigen Stimmen bei sechs Nein-Voten und einer Stimmenthaltung. Stoltenberg hat dieses Amt bereits seit 1971 inne.

Neu in das Gremium der vier Stellvertreter wurde der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter Kurt Würzbach, gewählt. Er löst Ministerpräsident Uwe Barschel ab, der auf eine Wiederwahl verzichtet hatte, weil er kraft Amtes dem Vorstand angehört. Weitere Stellvertreter sind: Landwirtschaftsminister Günter Flessner, die Landtagsabgeordnete und Vertreterin der Frauen, Anke Gravert, und der Vorsitzende der CDA, MdL Eberhard Dall'Asta.

Zum Spitzenkandidaten für die Europawahl wurde der Landtagsabgeordnete Leopold Späth gewählt. Ihm unterlag knapp der bisherige Europaabgeordnete und frühere Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel. Der Kandidat des Landesvorstandes, der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Leopold Späth — von Beruf Gärtnermeister —, machte das Rennen erst im zweiten

Wahlgang mit 229 Stimmen, während auf von Hassel 165 Stimmen entfielen.

Die Mitgliederzahl der CDU Schleswig-Holstein stieg weiter an, von knapp 42300 am 1. Oktober 1982 auf 43000 am 1. September 1983. Der Landesvorsitzende dankte allen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern, an ihrer Spitze Generalsekretär Rolf-Rüdiger Reichardt, für ihren hervorragenden Einsatz.

Gerhard Stoltenberg stellte in seinem Rechenschaftsbericht u. a. fest: Seit 13 Monaten tragen wir auf allen Ebenen unseres Bundesstaates eine besondere politische Verantwortung. Wir haben wichtige Weichenstellungen zur Erreichung unserer vorrangigen innenpolitischen Ziele herbeigeführt. Seit Anfang 1983 weisen die Daten im wirtschaftlichen Bereich nach Jahren der Stagnation, der Rezession und des Pessimismus wieder nach oben.

Wir werden in diesem Jahr im Wachstum, im außenwirtschaftlichen Gleichgewicht, im Haushaltsvollzug und vor allem in der Preisentwicklung bessere Werte erzielen, als wir vor der Bundestagswahl vorher sagten. Am wichtigsten ist der Rückgang der Inflationsrate von 5,6 Prozent im Juli 1983 auf jetzt 2,6 Prozent. Stabilere Preise, niedrigere Lebenshaltungskosten sind vor allem für die Bürger mit kleinen Einkommen von entscheidender Bedeutung. Unter Brandt und Schmidt war es üblich geworden, die sozialen Belastungen hoher Inflationsraten zu verharmlosen, die Arbeitnehmer, Rentner und kinderreiche Familien besonders trafen. Sta-

bilitätspolitik ist soziale Politik. Eine sparsame Ausgabenwirtschaft des Staates trägt entscheidend zur Stabilität des Geldwertes bei.

Es muß Schluß sein mit der Überlastung der nächsten Generation durch höheren Konsum auf Pump. Die Sozialdemokraten haben die ökonomischen Grundlagen der Bundesrepublik in verantwortungsloser Weise geschwächt, die Staatsfinanzen heruntergewirtschaftet und die größte Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit herbeigeführt, sagte Stoltenberg. Sie haben aus ihren schweren Fehlern in der Regierungszeit als Opposition nichts gelernt, sondern bieten nur die alten Rezepte einer gescheiterten Politik an.

Strenge Ausgabendisziplin wird auch in den kommenden Jahren notwendig sein, um die Verschuldung noch weiter zurückzuführen, den überhöhten Staatsanteil zu verringern und den Spielraum für eine nachhaltige Senkung der Lohn- und Einkommensteuer mit einer besonderen Entlastung für die Familien und alleinerziehenden Eltern zu gewinnen.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen zwei Anträge der KPV. Einer fordert Regierung und Fraktion auf, in dieser Legislaturperiode auf weitere Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes mit Belastungen der Gemeinden zu verzichten. Im zweiten Antrag wird der CDU-Landesvorstand aufgefordert, einen Vorschlag zur Sicherung des kommunalen Finanzausgleichs für die Zukunft zu erarbeiten.

Außerdem befaßte sich der Parteitag mit Reibungsverlusten bei der Umsetzung der Personaleinsparungen bei der Universität Kiel. Der RCDS hatte in einem Dringlichkeitsantrag gewarnt, daß die von der Kultusverwaltung verfügte unflexible Wiederbesetzungsstelle für zufällig frei werdende Stellen zu einem Zusammenbruch des Lehrbetriebs in einzelnen Fächern führen könne. Der Parteitag forderte die Landes-

regierung auf, die Wiederbesetzungssperre noch einmal zu überprüfen und von der Ausnahmeregelung zur Besetzung freier Stellen in dringenden Fällen verstärkt Gebrauch zu machen.

In seiner Parteitagsrede lobte Ministerpräsident Uwe Barschel seinen Vorgänger im Amt des Regierungschefs, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, als „Ludwig Erhard der achtziger Jahre“. Stoltenberg habe, so Barschel, in kürzester Frist die „sausende Fahrt in den finanziellen Abgrund“ gestoppt und eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zustande gebracht, die vor einem Jahr selbst Optimisten nicht erwartet hätten.

Uwe Barschel widmete einen großen Teil seiner Rede der wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein. So wertete er es als einen Erfolg des Schleswig-Holstein-Programms für Arbeitsplätze, daß der „Aufschwung ins Land“ gekommen sei. Zwar bleibe die Arbeitslosigkeit nach wie vor „Sorgenkind“, jedoch zeichne sich auch hier eine Wende ab: „In Norddeutschland verzeichnen wir die geringste Arbeitslosenquote. Selbst die Wirtschaftsmetropole Hamburg steht sehr viel schlechter da als wir, von Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland ganz zu schweigen. Das hat es in der Geschichte Schleswig-Holsteins noch nie gegeben.“

Auf seiner Habenseite verbuchte Barschel auch, daß die Landesregierung ihr Versprechen eingelöst habe, allen ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen eine faire Chance zu geben. Wörtlich sagte Uwe Barschel: „Der Regierungswechsel in Bonn hat auch unser Land vor neuen Chancen und Herausforderungen gestellt. Nach 13 Jahren wird Politik für Schleswig-Holstein nun wieder in Kiel und Bonn gemacht. Wir unterstützen die Arbeit der Bundesregierung Helmut Kohl.“

Zur Sache:

Die internationale Presse: Die SPD ist ins Abseits gegangen

DIE PRESSE (Wien)

„Was die SPD mit dem Godesberger Programm begann, hat sie nun mit ihrem Kölner Beschluß beendet. Sie ist ins deutsche Abseits gegangen, gedrängt von einer Welle aus Emotion, Angst, aber auch Berechnung ... Unter Willy Brandt ist diese Partei ihrer Verantwortung davongelaufen, um sich moralischer zu fühlen als alle anderen. Dennoch wird sie die Kontrolle über die Geister, die sie zu nutzen hofft, rasch verlieren. Helmut Schmidt konnte die Warnung vor Rückkehr in den deutschen Urwald nicht deutlicher aussprechen. Seine Rede geht zu den Akten.“

LE QUOTIDIEN (Paris)

„Die Entscheidung der SPD zeigt eine Kapitulation, mit der der UdSSR einer der wichtigsten diplomatischen Siege seit einem Vierteljahrhundert geboten wird ...“

DER BUND (Bern)

„Von der Last der Regierungsverantwortung befreit, hat die SPD mehr auf die irrationale Stimme als auf die der Verantwortung gehört. Wer möchte nicht, wie Lafontaine, Atomwaffen aus der Welt schaffen? Aber wenn dies ohne Gegengewicht allein auf westlicher Seite geschähe, werde Europa erpreßbar, lautete die Mahnung Schmidts, die ungehört verhallte.“

LE MATIN (Paris)

„Um mittelfristig das gegenwärtig von den Grünen angezogene ökologisch-pazifistische Potential an sich zu binden, mußten die Positionen der SPD radikalisiert werden. Diese Wende, die die Aufgabe der atlantischen Familie durch eine große europäische Oppositionspartei bedeutet, wird von den Grünen wie das Auftreten einer Todesgefahr empfunden ... Zwischen Sozialdemokraten und Grünen hat die Zeit des Sich-Überbietens begonnen.“

GUARDIAN (London)

„Schmidt stand neunzig Minuten lang einer Wand der Ablehnung gegenüber ...“

RHEINISCHE POST

„Köln hat ... gezeigt, daß Schmidt im September 1982 nicht von Genscher oder Lambsdorff verraten wurde ... sondern von seinen eigenen Genossen.“

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE

„Ende 1979 noch hatte sich die große Mehrheit der SPD auf den Doppelbeschluß verpflichtet. Es war, wie sich jetzt zeigt, ein beachtliches Täuschungsmanöver.“

SAARBRÜCKER ZEITUNG

„Es ist nicht frei von Tragik, mit welcher Konsequenz ... auch menschlicher Gnadenlosigkeit die SPD die Politik des früheren Kanzlers Schmidt hinweggefegt hat.“

Wir sichern Frieden und Freiheit

CDU

/// sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

Neue Redebroschüre

Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl zum Doppelbeschluß der NATO und zum Stand der Genfer INF-Verhandlungen gibt es jetzt als Broschüre. Sie enthält darüber hinaus den Wortlaut der Entschließung des Deutschen Bundestages.

Der Bundeskanzler hat in seiner Rede noch einmal deutlich die Prinzipien unserer Sicherheitspolitik dargelegt: „Wir gehören zum Westen. Das Bündnis dient dem Frieden Europas und der Welt. Es bleibt Grundlage einer Politik der Verständigung mit dem Osten. Die Bundesregierung steht fest zur Sicherheitspolitik der Allianz. Diese Politik verbindet Abschreckung und Verteidigung mit Rüstungskontrolle und Abrüstung.“

Mindestabnahme: 50 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 28,50 DM
Bestell-Nr.: 3478

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat unter dem Titel „Unsere Politik für Frieden und Freiheit“ die Regierungserklärung des Bundeskanzlers sowie alle Debatten-Beiträge der Fraktion in der Aussprache über die Regierungserklärung zu einer Bro-



**Gemeinsam
für Frieden
und Freiheit**

Bundeskanzler Helmut Kohl

**Gemeinsam
im Bündnis für
Frieden und Freiheit**

**Regierungserklärung vom
21. November 1983**



schüre zusammengefaßt. Sie ist in Einzel-exemplaren erhältlich bei der **CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.**

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann, (BLZ 380 500 00), Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID